

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2001 — 3112

[C - 2001/33071]

30. AUGUST 2001 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung bestimmter Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, insbesondere des Artikels 12bis § 3, eingefügt durch das Gesetz vom 11. Juli 1973;

Auf Grund des Gesetzes vom 1. April 1960 über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, insbesondere Artikel 5 und 7, eingefügt durch den Königlichen Erlass Nr. 467 vom 1. Oktober 1986;

Auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, insbesondere Artikel 1, abgeändert durch die Gesetze vom 27. Juli 1971 und 11. Juli 1973, den Königlichen Erlass Nr. 296 vom 31. März 1984 sowie den Königlichen Erlass Nr. 456 vom 10. September 1986;

Auf Grund des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, insbesondere Artikel 74;

Auf Grund des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, abgeändert durch die Erlasse vom 15. März 1995, 16. Juli 1996 und 4. November 1998;

In Erwägung, dass dem Gesetz vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen und dem Königlichen Erlass vom 12. August 1991 bezüglich der Laufbahnunterbrechung der Personalmitglieder im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 20. August 1996, 8. August 1997 und 4. Juni 1999 zufolge die Deutschsprachige Gemeinschaft, was die Laufbahnunterbrechung betrifft, befugt ist die verschiedenen Aspekte hinsichtlich der Dienststellung der Personalmitglieder im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren zu regeln;

Auf Grund des Protokolls Nr. S3/2001 OSUW2/2001 vom 16. Februar 2001, das die Ergebnisse der in gemeinsamer Sitzung geführten Verhandlungen des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des in Artikel 17 § 2 Nr. 3 des Königlichen Erlasses vom 28. September 1984 vorgesehenen Unterausschusses enthält;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 15. März 2001;

Auf Grund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 21. März 2001;

Auf Grund der Beratung der Regierung vom 5. April 2001 über den Antrag auf Begutachtung durch den Staatsrat innerhalb einer Frist von höchstens einem Monat;

Auf Grund des am 8. August 2001 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegebenen Gutachtens des Staatsrates Nr. 31.609/2/V;

Auf Vorschlag des Ministers für Unterricht und Ausbildung, Tourismus und Kultur,

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 2 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 2

Vorliegender Erlass findet Anwendung auf die Personalmitglieder, die erwähnt sind:

1. in Artikel 12bis §3 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung bestimmter Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung;

2. im Gesetz vom 1. April 1960 über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren;

3. im Gesetz vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens;

4. im Dekret vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums.»

Art. 2 - Artikel 3 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 3

§ 1 Die in Artikel 2 angeführten Personalmitglieder, die definitiv ernannt sind oder definitiv eingestellt sind, können ihre Laufbahn auf Antrag vollständig unterbrechen, wenn sie ein Amt bekleiden, das gemäss Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 zur Festlegung des Besoldungsstatuts des Lehrpersonals, des wissenschaftlichen Personals sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens ein Hauptamt ist.

Die in Artikel 2 angeführten Personalmitglieder, die definitiv ernannt sind oder definitiv eingestellt sind, können ihre Laufbahn auf Antrag teilweise unterbrechen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. sie bekleiden ein Amt, das gemäss Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 zur Festlegung des Besoldungsstatuts des Lehrpersonals, des wissenschaftlichen Personals sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens ein Hauptamt ist;

2. die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden im Amt beziehungsweise in den Ämtern, in dem beziehungsweise in denen sie definitiv ernannt oder definitiv eingestellt sind, macht mindestens die Hälfte der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden einer Vollzeitbeschäftigung aus.

§ 2 Bei Personalmitgliedern, die wegen Stellenmangels zur Disposition stehen oder diejenigen, die eine Stundenplanergänzung beantragen, geht man davon aus, dass sie die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden leisten, die sie vor ihrer Zurdispositionsstellung oder vor ihrem Antrag auf Stundenplanergänzung geleistet haben.»

Art. 3 - Im selben Erlass wird ein Artikel *3bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *3bis*

§ 1 Bei der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung erfolgt eine Verringerung der Dienstleistung eines in Artikel 2 angeführten Personalmitglieds, das definitiv ernannt oder eingestellt ist, auf die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung, nachstehend als halbzzeitige Laufbahnunterbrechung bezeichnet, auf drei Viertel oder auf vier Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung.

Die Verringerung der Dienstleistung auf drei Viertel oder vier Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung ist ausschließlich einem Personalmitglied gestattet, das ein Dienstalter von mindestens 10 Jahren aufweist.

Als Teiler gilt die Mindestanzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für die Vollzeitbeschäftigung im entsprechenden Amt vorgeschrieben ist. Ergibt der Bruch der in Absatz 1 vorgesehenen Verringerung keine ganze Zahl, wird bis zur nächsten ganzen Zahl aufgerundet.

§ 2 Personalmitglieder, die ein Beförderungsamt bekleiden, können ausschließlich eine vollzeitige Laufbahnunterbrechung beantragen.

Personalmitglieder, die ein Auswahlamt bekleiden, können ausschließlich eine vollständige oder halbzzeitige Laufbahnunterbrechung beantragen.

In Abweichung von Absatz 1 können Personalmitglieder, die ein Beförderungsamt bekleiden, ebenfalls eine halbzzeitige Laufbahnunterbrechung in den in Artikel *4bis*, *4ter* und *4quater* angeführten Fällen beantragen.»

Art. 4 - Artikel 4 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 4

Die in Artikel 2 angeführten Personalmitglieder, die zeitweilig bezeichnet sind, zeitweilig eingestellt sind oder zum Praktikum zugelassen sind, können ihre Laufbahn ausschließlich in den in Artikel *4bis*, *4ter* und *4quater* angeführten Fällen auf Antrag vollständig unterbrechen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. sie bekleiden ein Amt, das gemäss Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 zur Festlegung des Besoldungsstatuts des Lehrpersonals, des wissenschaftlichen Personals sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens ein Hauptamt ist;

2. falls sie zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind, gilt die Bezeichnung oder Einstellung ab dem 1. September oder 1. Oktober für ein gesamtes Schuljahr oder Dienstjahr.

Die in Artikel 2 angeführten Personalmitglieder, die zeitweilig bezeichnet sind, zeitweilig eingestellt sind oder zum Praktikum zugelassen sind, können ihre Laufbahn ausschließlich in den in Artikel *4bis*, *4ter* und *4quater* angeführten Fällen auf Antrag halbzzeitig unterbrechen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. sie bekleiden ein Amt, das gemäss Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 zur Festlegung des Besoldungsstatuts des Lehrpersonals, des wissenschaftlichen Personals sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens ein Hauptamt ist;

2. die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden im Amt beziehungsweise in den Ämtern, in dem beziehungsweise in denen sie zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind, macht mindestens die Hälfte der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden einer Vollzeitbeschäftigung aus

3. falls sie zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind, gilt die Bezeichnung oder Einstellung ab dem 1. September oder 1. Oktober für ein gesamtes Schuljahr oder Dienstjahr»

Art. 5 - Im selben Erlass wird ein Artikel *4bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *4bis*

§ 1 Die in Artikel 3 oder 4 angeführten Personalmitglieder, die gemäß der Bestimmungen der Artikel *100bis* und *102bis* des Gesetzes vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen Palliativpflege leisten, können ihre Laufbahn vollständig oder halbzzeitig unterbrechen für die Dauer eines Monats, eventuell verlängerbar um einen weiteren Monat.

Unter Palliativpflege versteht man jede Form des Beistandes, insbesondere medizinischer, sozialer, administrativer und psychologischer Beistand, sowie die Pflege von Personen, die an einer unheilbaren Krankheit leiden und sich im Endstadium befinden.

§ 2 Bei zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitgliedern endet der Urlaub spätestens an dem Tag, an dem die Bezeichnung oder Einstellung endet.»

Art. 6 - Im selben Erlass vom 9. November 1994 wird ein Artikel *4ter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *4ter*

§ 1 Die in Artikel 3 oder 4 angeführten Personalmitglieder können ihre Laufbahn vollständig oder halbzzeitig unterbrechen um in Anwendung von Artikel 100 oder Artikel 102 des Gesetzes vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen für ihr Kind im Falle der Geburt oder der Adoption zu sorgen. Diese Laufbahnunterbrechung wird als Elternschaftsurlaub bezeichnet.

Die Dauer des Elternschaftsurlaubs beträgt gemäß der föderalen Gesetzgebung einen ununterbrochenen Zeitraum von drei Monaten, wenn es sich um eine vollzeitige Laufbahnunterbrechung handelt, oder einen ununterbrochenen Zeitraum von sechs Monaten, wenn sich um eine halbzzeitige Laufbahnunterbrechung handelt.

§ 2 Gemäß der föderalen Gesetzgebung kann der Urlaub im Falle einer Geburt bis zu dem Zeitpunkt gewährt werden, an dem das Kind vier Jahre alt wird.

Der Urlaub kann im Falle einer Adoption während eines Zeitraumes von 4 Jahren gewährt werden beginnend am Tage der Einschreibung des Kindes als Familienmitglied im Bevölkerungsregister oder, wenn es sich um einen Ausländer handelt, im Fremdenregister der Gemeinde, in dem das Personalmitglied seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort hat. Der Urlaub wird nur für ein Kind gewährt, das jünger als 8 Jahre ist.

Wenn ein Kind zu mindestens 66% geistig oder körperlich behindert ist im Sinne der Gesetzgebung über die Kinderzulagen, kann ein Urlaub bis zu dem Zeitpunkt gewährt werden, an dem es acht Jahre alt wird.

§ 3 Bei zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitgliedern endet der Urlaub spätestens an dem Tag, an dem die Bezeichnung oder Einstellung endet.»

Art. 7 - Im selben Erlass wird ein Artikel 4quater mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 4quater

§ 1 Die in Artikel 3 oder 4 angeführten Personalmitglieder können ihre Laufbahn vollständig oder halbezeitig unterbrechen um in Anwendung von Artikel 100 oder Artikel 102 des Gesetzes vom 22. Januar 1985 über soziale Bestimmungen für einen Haushaltszugehörigen oder einen Familienangehörigen bis zum zweiten Grad zu sorgen, der an einer schweren Krankheit leidet.

Unter Haushaltzugehörigen versteht man jede Person, mit der man zusammenwohnt.

Unter Familienangehörigen versteht man jeden Verwandten oder Anverwandten bis zum zweiten Grad.

Unter schwerer Krankheit versteht man gemäß der föderalen Gesetzgebung jede Krankheit oder jeden medizinischen Eingriff, die oder der vom behandelnden Arzt als schwerwiegend angesehen wird und für die oder den nach Meinung des Arztes jede Form der Hilfe oder des Beistandes auf sozialer, familiärer oder geistiger Ebene notwendig ist um eine Genesung herbeizuführen.

§ 2 Gemäß der föderalen Gesetzgebung beträgt die Höchstdauer der Unterbrechung für ein und denselben Kranken 12 Monate bei einer vollständigen Laufbahnunterbrechung beziehungsweise 24 Monate bei einer halbezeitigen Laufbahnunterbrechung. Die Höchstdauer wird um die Zeitspanne verkürzt, während der in Anwendung desselben Gesetzes vom 22. Januar 1985 bereits eine Laufbahnunterbrechung für denselben Kranken gewährt wurde.

Die Dauer einer Unterbrechung beträgt mindestens einen Monat und höchstens drei Monate, sie kann auf Anfrage jeweils um einen bis drei Monate verlängert werden.

§ 3 Bei zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitgliedern endet der Urlaub spätestens an dem Tag, an dem die Bezeichnung oder Einstellung endet.»

Art. 8 - Artikel 5 § 4 Absatz 1 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Gemäß der föderalen Gesetzgebung darf die vollzeitige Laufbahnunterbrechung die Dauer von 72 Monaten während der Berufslaufbahn nicht überschreiten. Die teilzeitige Laufbahnunterbrechung darf die Dauer von 72 Monaten während der Berufslaufbahn nicht überschreiten. Die Berechnungen erfolgen getrennt. Bei der Berechnung werden die Zeiträume, während der eine Laufbahnunterbrechung in Anwendung der Artikel 4bis, 4ter und 4quater gewährt werden, nicht berücksichtigt.»

Art. 9 - Artikel 6 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 6

§ 1 Das Personalmitglied, das seine Laufbahn unterbrechen möchte, benachrichtigt seinen Träger und reicht durch Vermittlung des Trägers spätestens 30 Tage vor Beginn der Laufbahnunterbrechung beim für das Unterrichtswesen zuständigen Minister einen schriftlichen Antrag ein. Handelt es sich um ein Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens, wird der Antrag über den Schulleiter beziehungsweise Direktor eingereicht.

Im Antrag gibt das Personalmitglied an, ob es eine vollzeitige oder teilzeitige Laufbahnunterbrechung wählt und führt das Anfang- und Enddatum der Laufbahnunterbrechung an.

§ 2 Das Personalmitglied, das in Anwendung von Artikel 4bis seine Laufbahn unterbrechen möchte um Palliativpflege zu leisten, benachrichtigt seinen Träger und reicht durch Vermittlung des Trägers beim für das Unterrichtswesen zuständigen Minister einen schriftlichen Antrag ein. Handelt es sich um ein Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens, wird der Antrag über den Schulleiter beziehungsweise Direktor eingereicht.

Im Antrag gibt das Personalmitglied an, ob es eine vollzeitige oder halbezeitige Laufbahnunterbrechung wählt.

Dem Antrag wird eine Bescheinigung des Arztes, der den Kranken behandelt, beigelegt, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied sich bereit erklärt hat, die Palliativpflege zu leisten. Der Name des Kranken wird nicht angeführt.

Die Laufbahnunterbrechung beginnt in Abweichung von Artikel 5 § 1 am ersten Tag der Woche, der der Woche folgt, an dem der Antrag eingereicht worden ist.

Beabsichtigt das Personalmitglied, die Laufbahnunterbrechung um einen weiteren Monat zu verlängern, wird ein neuer Antrag gemäß Absatz 1bis 3 eingereicht. Für ein und denselben Kranken ist eine Verlängerung nur einmal erlaubt.

§ 3 Das Personalmitglied, das in Anwendung von Artikel 4ter seine Laufbahn unterbrechen möchte um einen Elternschaftsurlaub zu nehmen, benachrichtigt seinen Träger und reicht durch Vermittlung des Trägers beim für das Unterrichtswesen zuständigen Minister einen schriftlichen Antrag ein. Handelt es sich um ein Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens, wird der Antrag über den Schulleiter beziehungsweise Direktor eingereicht.

Im Antrag gibt das Personalmitglied an, ob es eine vollzeitige oder halbezeitige Laufbahnunterbrechung wählt.

Der Antrag wird mindestens dreißig Tage vor Beginn der Laufbahnunterbrechung eingereicht und gibt in Abweichung von Artikel 5 § 1 das Datum an, an dem sie beginnt und an dem sie endet.

Vor Beginn der Laufbahnunterbrechung reicht das Personalmitglied entweder einen Auszug aus der Geburtsurkunde oder eine Bescheinigung der Adoption ein. Zusätzlich reicht es eine Bescheinigung der Einschreibung des Kindes im Bevölkerungs- oder Fremdenregister der Gemeinde, in der das Personalmitglied seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort hat, einen Auszug aus dem Bevölkerungs- oder Fremdenregister, aus dem die Zusammensetzung der Familie ersichtlich wird, sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung der körperlichen oder geistigen Behinderung des Kindes von mindestens 66 % im Sinne der Gesetzgebung über die Kinderzulagen ein.

§ 4 Das Personalmitglied, das in Anwendung von Artikel 4quater seine Laufbahn unterbrechen möchte um einen schwerkranken Hauszugehörigen oder Familienangehörigen beizustehen oder zu pflegen, benachrichtigt seinen Träger und reicht durch Vermittlung des Trägers beim für das Unterrichtswesen zuständigen Minister einen schriftlichen Antrag ein. Handelt es sich um ein Personalmitglied des Gemeinschaftsunterrichtswesens, wird der Antrag über den Schulleiter beziehungsweise Direktor eingereicht.

Im Antrag gibt das Personalmitglied an, ob es eine vollzeitige oder halboberzeitige Laufbahnunterbrechung wählt.

Dem Antrag wird eine Bescheinigung des Arztes, der den Kranken behandelt, beigelegt, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied sich bereit erklärt hat den Kranken zu pflegen.

Der Antrag wird mindestens dreißig Tage vor Beginn der Laufbahnunterbrechung eingereicht und gibt in Abweichung von Artikel 5 § 1 das Datum an, an dem sie beginnt und an dem sie endet.

Beabsichtigt das Personalmitglied, die Laufbahnunterbrechung zu verlängern, reicht es erneut die in Absatz 3 angeführte Bescheinigung ein und teilt die Dauer der Verlängerung mit.»

Art. 10 - In Artikel 9 desselben Erlasses wird ein §4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 4 Gemäß der föderalen Gesetzgebung gelten die in §1 und §2 enthaltenen Bestimmungen nicht für ein Personalmitglied, das in Anwendung von Artikel 4bis oder von Artikel 4quater eine Laufbahnunterbrechung nimmt, vorausgesetzt die Dauer der Unterbrechung beträgt höchstens 2 Monate und sie wird nicht verlängert.»

Art. 11 - Im selben Erlass wird ein Artikel 12bis mit folgendem Wortlaut eingebaut:

„Artikel 12bis

Die Dienstleistungen der Personalmitglieder, die ihre Laufbahn teilweise unterbrechen, werden auf höchstens 4 Tage pro Woche verteilt. Bei einer halboberzeitigen Laufbahnunterbrechung gilt zusätzlich, dass die Dienstleistungen auf höchstens 6 Halbtage pro Woche begrenzt werden.»

Art. 12 - Vorliegender Erlass wird am 1. August 2001 wirksam.

Art. 13 - Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 30. August 2001

Der Minister-Präsident,

Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
K.H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Tourismus und Kultur
B. GENTGES

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2001 — 3112

[C - 2001/33071]

30 AOÛT 2001. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement, notamment l'article 12bis, § 3, inséré par la loi du 11 juillet 1973;

Vu la loi du 1^{er} avril 1960 sur les centres psycho-médico-sociaux, notamment les articles 5 et 7, insérés par l'arrêté royal n° 467 du 1^{er} octobre 1986;

Vu la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat, notamment l'article 1^{er}, modifié par les lois des 27 juillet 1971 et 11 juillet 1973 et par les arrêtés royaux n° 296 du 31 mars 1984 et n° 456 du 10 septembre 1986;

Vu le décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, notamment l'article 74;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, modifié par les arrêtés des 15 mars 1995, 16 juillet 1996 et 4 novembre 1998;

Considérant qu'en vertu de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales et de l'arrêté royal du 12 août 1991 relatif à l'octroi d'allocations d'interruption aux membres du personnel de l'enseignement et des centres psycho-médico-sociaux, modifié par les arrêtés royaux des 20 août 1996, 8 août 1997 et 4 juin 1999, la Communauté germanophone est, pour ce qui concerne l'interruption de carrière, habilitée à régler les différents aspects concernant la position de service des membres du personnel de l'enseignement et des centres psycho-médico-sociaux;

Vu le protocole n° S3/2001 OSUW2/2001 du 16 février 2001 contenant les conclusions des négociations menées en séance commune du Comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone et du sous-comité prévu à l'article 17, § 2, 3^o, de l'arrêté royal du 28 septembre 1984;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 15 mars 2001;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 21 mars 2001;

Vu la délibération du Gouvernement en date du 5 avril 2001 concernant la demande adressée au Conseil d'Etat pour qu'il rende un avis dans un délai d'un mois au plus;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 31.609/2/V émis le 8 août 2001 en application de l'article 84, alinéa 1, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. L'article 2 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux est remplacé par la disposition suivante :

« Article 2. Le présent arrêté est applicable aux membres du personnel mentionnés dans :

1° l'article 12*bis*, § 3, de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;

2° la loi du 1^{er} avril 1960 sur les centres psycho-médico-sociaux;

3° la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat;

4° le décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné. »

Art. 2. L'article 3 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 3. § 1^{er}. Les membres du personnel mentionnés à l'article 2 qui sont nommés ou engagés à titre définitif peuvent obtenir, à leur demande, l'interruption complète de leur carrière professionnelle s'ils exercent une fonction qui peut être considérée comme principale au sens de l'article 5 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique.

Les membres du personnel mentionnés à l'article 2 qui sont nommés ou engagés à titre définitif peuvent obtenir, à leur demande, l'interruption partielle de leur carrière professionnelle si les conditions suivantes sont remplies :

1° ils exercent une fonction qui peut être considérée comme principale au sens de l'article 5 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique;

2° le nombre d'heures ou de périodes afférent à la (aux) fonction(s) pour laquelle (lesquelles) ils sont nommés ou engagés à titre définitif représente au moins la moitié du nombre d'heures ou de périodes prévu pour des prestations complètes.

§ 2. Les membres du personnel en disponibilité par défaut d'emploi ou demandeurs d'un complément de charge sont supposés exercer le nombre d'heures ou de périodes exercé avant leur mise en disponibilité par défaut d'emploi ou leur demande d'un complément de charge. »

Art. 3. Dans le même arrêté, il est inséré un article 3*bis*, libellé comme suit :

« Article 3*bis*. § 1^{er}. En cas d'interruption partielle de la carrière professionnelle, les prestations des membres du personnel mentionnés à l'article 2, nommés ou engagés à titre définitif, sont ramenées soit à la moitié, il est alors question ci-après d'interruption de carrière à mi-temps, soit aux trois-quarts ou aux quatre-cinquièmes d'un temps plein.

La réduction des prestations aux trois-quarts ou aux quatre-cinquièmes d'un temps plein n'est autorisée qu'au membre du personnel comptant une ancienneté de service d'au moins dix ans.

Est pris en considération comme nombre diviseur le nombre minimal d'heures ou périodes requis pour constituer la fonction à prestations complètes. Si la fraction de la réduction visée au premier alinéa ne donne pas un nombre entier, elle est arrondie à l'unité supérieure.

§2 - Les membres du personnel qui exercent une fonction de promotion ne peuvent demander qu'une interruption de carrière à temps plein.

Les membres du personnel qui exercent une fonction de sélection ne peuvent demander qu'une interruption de carrière à temps plein ou à mi-temps.

Par dérogation à l'alinéa 1, les membres du personnel qui exercent une fonction de promotion peuvent également demander une interruption de carrière à mi-temps dans les cas mentionnés aux articles 4*bis*, 4*ter* et 4*quater*. »

Art. 4. L'article 4 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 4. Les membres du personnel mentionnés à l'article 2 qui sont désignés à titre temporaire, engagés à titre temporaire ou admis au stage ne peuvent obtenir, à leur demande, l'interruption complète de leur carrière professionnelle que dans les cas mentionnés aux articles 4*bis*, 4*ter* et 4*quater* et si les conditions suivantes sont remplies :

1° ils exercent une fonction qui peut être considérée comme principale au sens de l'article 5 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique;

2° lorsqu'ils sont désignés ou engagés à titre temporaire, la désignation ou l'engagement court à partir du 1^{er} septembre ou du 1^{er} octobre pour toute une année scolaire ou de service.

Les membres du personnel mentionnés à l'article 2 qui sont désignés à titre temporaire, engagés à titre temporaire ou admis au stage ne peuvent obtenir, à leur demande, l'interruption à mi-temps de leur carrière professionnelle que dans les cas mentionnés aux articles 4*bis*, 4*ter* et 4*quater* et si les conditions suivantes sont remplies :

1° ils exercent une fonction qui peut être considérée comme principale au sens de l'article 5 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique;

2° le nombre d'heures ou de périodes afférent à la (aux) fonction(s) pour laquelle (lesquelles) ils sont nommés ou engagés à titre définitif représente au moins la moitié du nombre d'heures ou de périodes prévu pour des prestations complètes;

3° lorsqu'ils sont désignés ou engagés à titre temporaire, la désignation ou l'engagement court à partir du 1^{er} septembre ou du 1^{er} octobre pour toute une année scolaire ou de service. »

Art. 5. Dans le même arrêté, il est inséré un article *4bis*, libellé comme suit :

« Article *4bis*. § 1^{er}. Les membres du personnel visés aux articles 3 ou 4 qui, conformément aux dispositions des articles *100bis* et *102bis* de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, procurent des soins palliatifs, peuvent interrompre leur carrière de manière complète ou à mi-temps pour une durée d'un mois, éventuellement renouvelable une fois.

Par soins palliatifs, l'on entend toute forme d'assistance, notamment médicale, sociale, administrative ou psychologique, ainsi que les soins donnés à des personnes souffrant d'une maladie incurable et se trouvant en phase terminale.

§ 2. Pour les membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire, le congé se termine au plus tard le jour où expire la désignation ou l'engagement. »

Art. 6. Dans le même arrêté du 9 novembre 1994, il est inséré un article *4ter*, libellé comme suit :

« Article *4ter*. § 1^{er}. Les membres du personnel visés aux articles 3 ou 4 peuvent interrompre leur carrière de manière complète ou à mi-temps sur base des articles 100 ou 102 de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales pour s'occuper de leur enfant dans le cas d'une naissance ou d'une adoption. L'interruption de carrière est alors appelée « congé parental ».

Conformément à la législation fédérale, le congé parental couvre une période ininterrompue de trois mois s'il s'agit d'une interruption complète de carrière ou de six mois s'il s'agit d'une interruption de carrière à mi-temps.

§ 2. Conformément à la législation fédérale ce congé doit, dans le cas d'une naissance, être pris avant que l'enfant n'ait atteint l'âge de 4 ans.

Dans le cas d'une adoption, le congé doit être pris dans une période de 4 ans à dater de l'inscription de l'enfant comme membre de la famille au registre de la population ou, s'il s'agit d'un enfant étranger, au registre des étrangers de la commune où le membre du personnel a son domicile ou sa résidence habituelle. Le congé n'est octroyé que pour un enfant de moins de 8 ans.

Lorsque l'enfant est atteint d'une incapacité physique ou mentale de 66 % au moins au sens de la réglementation relative aux allocations familiales, le droit au congé parental est accordé jusqu'à ce que l'enfant atteigne son 8^e anniversaire.

§ 3 - Pour les membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire, le congé se termine au plus tard le jour où expire la désignation ou l'engagement. »

Art. 7. Dans le même arrêté, il est inséré un article *4quater*, libellé comme suit :

« Article *4quater*. § 1^{er}. Les membres du personnel visés aux articles 3 ou 4 peuvent interrompre leur carrière de manière complète ou à mi-temps sur base des articles 100 ou 102 de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales pour s'occuper d'un membre de leur ménage ou d'un membre de leur famille jusqu'au deuxième degré qui souffre d'une maladie grave.

Est considérée comme membre du ménage toute personne avec qui l'on cohabite.

Est considéré comme membre de la famille tout parent ou allié jusqu'au deuxième degré.

Est considérée comme maladie grave, conformément à la législation fédérale, toute maladie ou intervention médicale considérée comme telle par le médecin traitant et pour laquelle le médecin est d'avis que toute forme de soins ou d'assistance sociale, familiale ou mentale est nécessaire pour la convalescence.

§ 2. Par patient, la durée maximale de l'interruption de carrière est, conformément à la législation fédérale, de 12 mois pour une interruption complète et de 24 mois pour une interruption à mi-temps. Toutefois, la durée maximale est réduite des périodes d'interruption de carrière dont le membre du personnel a déjà bénéficié pour le même patient sur base de ladite loi du 22 janvier 1985.

L'interruption est de minimum un mois et maximum trois mois; sur demande, elle peut, à chaque fois, être prolongée d'un à trois mois.

§ 3. Pour les membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire, le congé se termine au plus tard le jour où expire la désignation ou l'engagement. »

Art. 8. L'article 5, § 4, alinéa 1^{er}, du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Conformément à la législation fédérale, la durée totale de l'interruption complète de la carrière professionnelle ne peut excéder 72 mois au cours de la carrière. La durée totale de l'interruption partielle de la carrière professionnelle ne peut excéder 72 mois au cours de la carrière. Les calculs s'effectuent séparément. Lors du calcul, il n'est pas tenu compte des périodes où une interruption a été accordée en application des articles *4bis*, *4ter* et *4quater*. »

Art. 9. L'article 6 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 6. § 1^{er}. Le membre du personnel qui souhaite interrompre sa carrière en informe son pouvoir organisateur et, par l'intermédiaire de celui-ci, introduit une demande écrite auprès du Ministre compétent en matière d'Enseignement au plus tard 30 jours avant le début de l'interruption. S'il s'agit d'un membre du personnel de l'enseignement communautaire, la demande est introduite par l'intermédiaire du chef d'établissement ou du directeur.

Dans sa demande, le membre du personnel fait savoir s'il opte pour une interruption complète ou partielle et mentionne la date de début et de fin de cette interruption.

§ 2. Le membre du personnel qui souhaite interrompre sa carrière en application de l'article *4bis* pour donner des soins palliatifs en informe son pouvoir organisateur et, par l'intermédiaire de celui-ci, introduit une demande écrite auprès du Ministre compétent en matière d'Enseignement. S'il s'agit d'un membre du personnel de l'enseignement communautaire, la demande est introduite par l'intermédiaire du chef d'établissement ou du directeur.

Dans sa demande, le membre du personnel fait savoir s'il opte pour une interruption à temps plein ou à mi-temps.

La demande est accompagnée d'une attestation établie par le médecin qui soigne le patient et dont il ressort que le membre du personnel se déclare prêt à prodiguer les soins palliatifs. Le nom du patient n'est pas indiqué.

Par dérogation à l'article 5, § 1^{er}, l'interruption de carrière débute le premier jour de la semaine qui suit celle où la demande a été introduite.

Si le membre du personnel envisage de prolonger d'un mois l'interruption de carrière, une nouvelle demande est introduite conformément aux alinéas 1 à 3. Pour un seul et même patient, une seule prolongation est possible.

§ 3. Le membre du personnel qui souhaite interrompre sa carrière en application de l'article 4^{ter} pour un congé parental en informe son pouvoir organisateur et, par l'intermédiaire de celui-ci, introduit une demande écrite auprès du Ministre compétent en matière d'Enseignement. S'il s'agit d'un membre du personnel de l'enseignement communautaire, la demande est introduite par l'intermédiaire du chef d'établissement ou du directeur.

Dans sa demande, le membre du personnel fait savoir s'il opte pour une interruption à temps plein ou à mi-temps.

La demande est introduite au moins trente jours avant le début de l'interruption de carrière et mentionne, par dérogation à l'article 5, § 1^{er}, la date à laquelle elle débute et celle à laquelle elle prend fin.

Avant le début de l'interruption de carrière, le membre du personnel introduit soit un extrait d'acte de naissance ou une attestation d'adoption. De plus, il introduit une attestation de l'inscription de l'enfant dans le registre de la population ou dans le registre des étrangers de la commune où le membre du personnel a son domicile ou sa résidence habituelle, un extrait du registre de la population ou du registre des étrangers prouvant la composition du ménage ainsi que, le cas échéant, une attestation prouvant l'incapacité physique ou mentale de l'enfant d'au moins 66% au sens de la réglementation relative aux allocations familiales.

§ 4. Le membre du personnel qui souhaite interrompre sa carrière en application de l'article 4^{quater} pour assister un membre de son ménage ou de sa famille gravement malade ou lui prodiguer des soins en informe son pouvoir organisateur et, par l'intermédiaire de celui-ci, introduit une demande écrite auprès du Ministre compétent en matière d'Enseignement. S'il s'agit d'un membre du personnel de l'enseignement communautaire, la demande est introduite par l'intermédiaire du chef d'établissement ou du directeur.

Dans sa demande, le membre du personnel fait savoir s'il opte pour une interruption à temps plein ou à mi-temps.

La demande est accompagnée d'une attestation établie par le médecin qui soigne le patient et dont il ressort que le membre du personnel se déclare prêt à prodiguer les soins au patient.

La demande est introduite au moins trente jours avant le début de l'interruption de carrière et mentionne, par dérogation à l'article 5, § 1^{er}, la date à laquelle elle débute et celle à laquelle elle prend fin.

Si le membre du personnel envisage de prolonger l'interruption de carrière, il introduit à nouveau l'attestation visée à l'alinéa 3 et communique la durée de la prolongation. »

Art. 10. A l'article 9 du même arrêté, il est inséré un § 4, libellé comme suit :

« § 4. Conformément à la législation fédérale, les dispositions des §§ 1^{er} et 2 ne sont pas applicables au membre du personnel qui interrompt sa carrière en application de l'article 4^{bis} ou de l'article 4^{quater}, à condition que la durée de l'interruption dure au plus 2 mois et ne soit pas prolongée. »

Art. 11. Dans le même arrêté, il est inséré un article 12^{bis}, libellé comme suit :

« Article 12^{bis}. Les prestations des membres du personnel qui interrompent leur carrière de manière partielle sont réparties sur au plus 4 jours par semaine. Lors d'une interruption à mi temps, les prestations sont de plus plafonnées à 6 demi-journées par semaine. »

Art. 12. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} août 2001.

Art. 13. Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 30 août 2001.

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports
K.-H. LAMBERTZ
Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme
B. GENTGES

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2001 — 3112

[C — 2001/33071]

30 AUGUSTUS 2001. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, inzonderheid op artikel 12^{bis}, § 3, ingevoegd bij de wet van 11 juli 1973;

Gelet op de wet van 1 april 1960 betreffende de psycho-medisch-sociale centra, inzonderheid op de artikelen 5 en 7, ingevoegd bij het koninklijk besluit nr. 467 van 1 oktober 1986;

Gelet op de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut van de personeelsleden van het Rijksonderwijs, inzonderheid op artikel 1, gewijzigd bij de wetten van 27 juli 1971 en 11 juli 1973 en bij de koninklijke besluiten nr. 296 van 31 maart 1984 en nr. 456 van 10 september 1986;

Gelet op het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum, inzonderheid op artikel 74;

Gelet op het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, gewijzigd bij de besluiten van 15 maart 1995, 16 juli 1996 en 4 november 1998;

Overwegende dat de Duitstalige Gemeenschap, krachtens de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen en het koninklijk besluit van 12 augustus 1991 betreffende de toekenning van onderbrekingsuitkeringen aan de personeelsleden van het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 20 augustus 1996, 8 augustus 1997 en 4 juni 1999, ertoe gemachtigd is, wat de loopbaanonderbreking betreft, de verschillende aspecten betreffende de dienstpositie van de personeelsleden van het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra te regelen;

Gelet op het protocol nr. S3/2001 OSUW2/2001 van 16 februari 2001 houdende de conclusies van de onderhandelingen gevoerd in een gemeenschappelijke zitting van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap en van het subcomité bepaald in artikel 17, § 2, 3° van het koninklijk besluit van 28 september 1984;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 15 maart 2001;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 21 maart 2001;

Gelet op de beraadslaging van de Regering van 5 april 2001 betreffende de aanvraag aan de Raad van State om binnen een termijn van ten hoogste één maand een advies uit te brengen;

Gelet op het advies van de Raad van State nr. 31.609/2/V, gegeven op 8 augustus 2001 met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Artikel 2 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 2. Dit besluit is toepasselijk op de personeelsleden vermeld in

1° artikel 12bis, § 3, van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

2° de wet van 1 april 1960 betreffende de psycho-medisch-sociale centra;

3° de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut van de personeelsleden van het rijksonderwijs;

4° het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum. »

Art. 2. Artikel 3 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 3. § 1. Op hun verzoek mogen de in artikel 2 vermelde personeelsleden die vastbenoemd of definitief aangesteld zijn, de volledige onderbreking van hun beroepsloopbaan verkrijgen, als ze een ambt bekleden dat als een hoofdamt moet worden beschouwd in de zin van artikel 5 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs.

Op hun verzoek mogen de in artikel 2 vermelde personeelsleden die vastbenoemd of definitief aangesteld zijn, de gedeeltelijke onderbreking van hun beroepsloopbaan verkrijgen, als er aan volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° ze bekleden een ambt dat als een hoofdamt moet worden beschouwd in de zin van artikel 5 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs;

2° het aantal uren of lesuren verbonden met het (de) ambt(en) waarvoor zij vastbenoemd of definitief aangesteld zijn, bedraagt ten minste de helft van het aantal uren of lesuren dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in hetzelfde (dezelfde) ambt(en).

§ 2. De personeelsleden die wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking zijn gesteld of die een uurroosteraanvulling aanvragen, worden geacht het aantal uren of lesuren te presteren dat zij vóór hun terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking of vóór hun aanvraag om uurroosteraanvulling presteerden. »

Art. 3. In hetzelfde besluit wordt een artikel 3bis ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 3bis. § 1. Bij een gedeeltelijke loopbaanonderbreking worden de dienstprestaties van de in artikel 2 vermelde personeelsleden, die vastbenoemd of definitief aangesteld zijn, met de helft - hierna is er sprake van een halftijdse loopbaanonderbreking - met één vierde of met één vijfde van een voltijdse betrekking verminderd.

De vermindering van de dienstprestaties met één vierde of met één vijfde van een voltijdse betrekking is slechts toegelaten voor personeelsleden die een dienstanciënniteit van ten minste 10 jaar kunnen bewijzen.

Als noemer van de breuk wordt het minimaal aantal uren of lesuren in aanmerking genomen dat noodzakelijk is om een voltijdse betrekking in het betrokken ambt te vormen. Als de breuk van de in het eerste lid bepaalde vermindering geen heel getal is, wordt ze naar de hogere eenheid afgerond.

§ 2. De personeelsleden die een bevorderingsambt bekleden, mogen uitsluitend een volledige loopbaanonderbreking aanvragen.

De personeelsleden die een selectieambt bekleden, mogen uitsluitend een volledige of een halftijdse loopbaanonderbreking aanvragen.

In afwijking van het eerste lid kunnen de personeelsleden die een bevorderingsambt bekleden ook een halftijdse loopbaanonderbreking aanvragen in de gevallen vermeld in de artikelen 4bis, 4ter en 4quater. »

Art. 4. Artikel 4 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 4. Op hun verzoek mogen de in artikel 2 vermelde personeelsleden die tijdelijk aangewezen, tijdelijk aangesteld of tot de stage toegelaten zijn, de volledige onderbreking van hun beroepsloopbaan uitsluitend in de gevallen opgenomen in de artikelen 4bis, 4ter en 4quater verkrijgen, als er aan volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° ze bekleden een ambt dat als een hoofdamt moet worden beschouwd in de zin van artikel 5 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs;

2° de aanwijzing of aanstelling, indien ze tijdelijk aangewezen of aangesteld zijn, is vanaf 1 september of 1 oktober voor het hele school- of dienstjaar geldig.

Op hun verzoek mogen de in artikel 2 vermelde personeelsleden die tijdelijk aangewezen, tijdelijk aangesteld of tot de stage toegelaten zijn, de halftijdse onderbreking van hun beroepsloopbaan uitsluitend in de gevallen opgenomen in de artikelen 4bis, 4ter en 4 quater verkrijgen, als er aan volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° ze bekleden een ambt dat als een hoofdamt moet worden beschouwd in de zin van artikel 5 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs;

2° het aantal uren of lesuren verbonden met het (de) ambt(en) waarvoor zij vastbenoemd of definitief aangesteld zijn, bedraagt ten minste de helft van het aantal uren of lesuren dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in hetzelfde (dezelfde) ambt(en);

3° de aanwijzing of aanstelling, indien ze tijdelijk aangewezen of aangesteld zijn, is vanaf 1 september of 1 oktober voor het hele school- of dienstjaar geldig. »

Art. 5. In hetzelfde besluit wordt een artikel 4bis ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 4bis. § 1. De personeelsleden vermeld in de artikelen 3 of 4 kunnen hun loopbaan volledig of halftijds onderbreken voor een periode van een maand, eventueel verlengbaar met één maand, voor het verstrekken van palliatieve verzorging krachtens de bepalingen van de artikelen 100bis en 102bis van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen.

Onder palliatieve verzorging wordt verstaan elke vorm van bijstand en inzonderheid medische, sociale, administratieve en psychologische bijstand aan en verzorging van personen die lijden aan een ongeneeslijke ziekte en die zich in een terminale fase bevinden.

§ 2 - Voor tijdelijk aangewezen of aangestelde personeelsleden eindigt het verlof ten laatste op de dag waarop de aanwijzing of aanstelling vervalt. »

Art. 6. In hetzelfde besluit van 9 november 1994 wordt een artikel 4ter ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 4ter. § 1. De personeelsleden vermeld in de artikelen 3 of 4 kunnen hun loopbaan volledig of halftijds onderbreken op basis van de artikelen 100 of 102 van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen om, in het geval van een geboorte of van een adoptie, voor hun kind te zorgen. Die loopbaanonderbreking wordt « ouderschapsverlof » genoemd.

Overeenkomstig de federale wetgeving dekt het ouderschapsverlof een periode van maximum drie opeenvolgende maanden als het om een voltijdse loopbaanonderbreking gaat of van maximum zes maanden als het om een halftijdse loopbaanonderbreking gaat.

§ 2. Overeenkomstig de federale wetgeving dient dit verlof, in geval van geboorte, opgenomen te worden vooraleer het betrokken kind de leeftijd van 4 jaar heeft bereikt.

Naar aanleiding van een adoptie dient het verlof opgenomen te worden binnen een periode van 4 jaar die loopt vanaf de inschrijving van het kind als deel uitmakend van het gezin in het bevolkingsregister of, indien het een buitenlander is, in het vreemdelingenregister van de gemeente waar het personeelslid zijn woonplaats of zijn gewone verblijfplaats heeft, en dit uiterlijk tot het kind 8 jaar wordt.

Wanneer het kind voor ten minste 66 % getroffen is door een vermindering van lichamelijke of geestelijke geschiktheid in de zin van de regelgeving betreffende de kinderbijslag, wordt het recht op ouderschapsverlof toegekend uiterlijk tot het kind 8 jaar wordt.

§ 3. Voor tijdelijk aangewezen of aangestelde personeelsleden eindigt het verlof ten laatste op de dag waarop de aanwijzing of aanstelling vervalt. »

Art. 7. In hetzelfde besluit wordt een artikel 4quater ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 4quater. § 1. De personeelsleden vermeld in de artikelen 3 of 4 kunnen hun loopbaan volledig of halftijds onderbreken op basis van de artikelen 100 of 102 van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepaling voor het verstrekken van verzorging aan een gezinslid of een familielid tot de tweede graad, dat lijdt aan een zware ziekte.

Onder gezinslid wordt elke persoon verstaan die samenwoont met het personeelslid.

Onder familielid worden zowel de bloed- als de aanverwanten tot de tweede graad verstaan.

Overeenkomstig de federale wetgeving wordt onder zware ziekte elke ziekte of medische ingreep verstaan die door de behandelende arts als dusdanig wordt beschouwd en waarbij de arts oordeelt dat elke vorm van sociale, familiale of emotionele bijstand of verzorging noodzakelijk is voor het herstel.

§ 2. Overeenkomstig de federale wetgeving is de duur van de loopbaanonderbreking genomen voor dezelfde patiënt beperkt tot maximum 12 maanden bij voltijdse en 24 maanden bij halftijdse loopbaanonderbreking. Nochtans wordt de maximumperiode verminderd met de periodes loopbaanonderbreking die het personeelslid reeds genoten heeft voor dezelfde patiënt op basis van de herstelwet van 22 januari 1985.

De duur van een loopbaanonderbreking belooft minimum één maand tot maximum drie maanden; op verzoek kan ze telkens met één tot drie maanden verlengd worden.

§ 3 - Voor tijdelijk aangewezen of aangestelde personeelsleden eindigt het verlof ten laatste op de dag waarop de aanwijzing of aanstelling vervalt. »

Art. 8. Artikel 5, § 4, lid 1, van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Overeenkomstig de federale wetgeving mag de totale duur van de volledige onderbreking van de beroepsloopbaan geen 72 maanden tijdens de loopbaan overschrijden. De totale duur van de gedeeltelijke onderbreking van de beroepsloopbaan mag geen 72 maanden tijdens de loopbaan overschrijden. De berekeningen worden afzonderlijk uitgevoerd. Bij de berekening worden de periodes niet in aanmerking genomen waar een loopbaanonderbreking met toepassing van de artikelen 4bis, 4ter en 4quater toegekend werd. »

Art. 9. Artikel 6 van hetzelfde besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 6. § 1. Het personeelslid dat zijn loopbaan wenst te onderbreken, deelt dit aan zijn inrichtende macht mee en dient door haar bemiddeling zijn schriftelijke aanvraag - ten minste dertig dagen vóór het begin van de onderbreking - bij de Minister bevoegd inzake Onderwijs in. Gaat het om een personeelslid van het gemeenschapsonderwijs, dan wordt de aanvraag door bemiddeling van het inrichtingshoofd of van de directeur ingediend.

In de aanvraag deelt het personeelslid mee of het voor een volledige dan wel een gedeeltelijke loopbaanonderbreking kiest en vermeldt er de begin- en einddatum van.

§ 2. Het personeelslid dat zijn loopbaan op basis van artikel 4*bis* voor het verstrekken van palliatieve verzorging wenst te onderbreken, deelt dit mee aan zijn inrichtende macht en dient door haar bemiddeling zijn schriftelijke aanvraag in bij de Minister bevoegd inzake Onderwijs. Gaat het om een personeelslid van het gemeenschapsonderwijs, dan wordt de aanvraag door bemiddeling van het inrichtingshoofd of van de directeur ingediend.

In de aanvraag deelt het personeelslid mee of het voor een volledige dan wel een halftijdse onderbreking kiest.

Bij de aanvraag wordt een attest gevoegd dat door de behandelende geneesheer van de patiënt afgeleverd is en waaruit blijkt dat het personeelslid zich bereid heeft verklaard deze palliatieve verzorging te verstrekken, zonder dat hierbij de identiteit van de patiënt wordt vermeld.

In afwijking van artikel 5, § 1, begint de onderbreking van de beroepsloopbaan de eerste dag van de week die volgt op de week waarin de aanvraag ingediend werd.

Indien het personeelslid gebruik wenst te maken van de verlenging van de periode met één maand, dient het opnieuw een aanvraag overeenkomstig de leden 1 tot 3 in te dienen. Voor eenzelfde patiënt is slechts één verlenging toegelaten.

§ 3. Het personeelslid dat met toepassing van artikel 4*ter* zijn loopbaan wenst te onderbreken om een ouderschapsverlof te nemen, deelt dit aan zijn inrichtende macht mee en dient door haar bemiddeling zijn schriftelijke aanvraag in bij de Minister bevoegd inzake Onderwijs. Gaat het om een personeelslid van het gemeenschapsonderwijs, dan wordt de aanvraag door bemiddeling van het inrichtingshoofd of van de directeur ingediend.

In de aanvraag deelt het personeelslid mee of het voor een volledige dan wel een halftijdse onderbreking kiest.

De aanvraag moet ten minste dertig dagen vóór het begin van de loopbaanonderbreking worden ingediend en vermeldt, in afwijking van artikel 5, § 1, de begin- en einddatum van de loopbaanonderbreking.

Vóór het begin van de loopbaanonderbreking dient het personeelslid ofwel een uittreksel uit de geboorteakte van het kind ofwel een attest in waaruit de adoptie blijkt. Bovendien dient het personeelslid een attest over de inschrijving van het kind in het bevolkingsregister of in het vreemdelingenregister van de gemeente waar het personeelslid zijn woonplaats of zijn gewone verblijfplaats heeft, een uittreksel uit het bevolkings- of vreemdelingenregister waaruit de samenstelling van het gezin blijkt, alsmede desgevallend een attest in waaruit blijkt dat het kind voor ten minste 66 % getroffen is door een vermindering van lichamelijke of geestelijke geschiktheid in de zin van de regelgeving betreffende de kinderbijslag.

§ 4. Het personeelslid dat zijn loopbaan op basis van artikel 4*quater* wenst te onderbreken voor het verstrekken van verzorging aan een gezinslid of een familielid, dat lijdt aan een zware ziekte, deelt dit mee aan zijn inrichtende macht en dient door haar bemiddeling zijn schriftelijke aanvraag in bij de Minister bevoegd inzake Onderwijs. Gaat het om een personeelslid van het gemeenschapsonderwijs, dan wordt de aanvraag door bemiddeling van het inrichtingshoofd of van de directeur ingediend.

In de aanvraag deelt het personeelslid mee of het voor een volledige dan wel een halftijdse onderbreking kiest.

Bij de aanvraag wordt een attest gevoegd dat door de behandelende geneesheer van de patiënt afgeleverd is en waaruit blijkt dat het personeelslid zich bereid heeft verklaard de verzorging te verstrekken.

De aanvraag moet ten minste dertig dagen vóór het begin van de loopbaanonderbreking worden ingediend en vermeldt, in afwijking van artikel 5, § 1, de begin- en einddatum van de loopbaanonderbreking.

Indien het personeelslid gebruik wenst te maken van de verlenging, dient het opnieuw het attest vermeld in het derde lid in en deelt de duur van de verlenging mede. »

Art. 10. In artikel 9 van hetzelfde besluit wordt een § 4 ingevoegd dat luidt als volgt :

« § 4. Overeenkomstig de federale wetgeving zijn de bepalingen van de §§ 1 en 2 niet van toepassing op een personeelslid dat met toepassing van artikel 4*bis* of van artikel 4*quater* een loopbaanonderbreking neemt, voor zover ze ten hoogste 2 maanden duurt en niet verlengd wordt. »

Art. 11. In hetzelfde besluit wordt een artikel 12*bis* ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 12*bis*. De dienstprestaties van de personeelsleden die hun loopbaan deeltijds onderbreken, worden op ten hoogste 4 dagen per week verdeeld. Bij halftijdse loopbaanonderbreking worden bovendien de dienstprestaties tot ten hoogste 6 halve dagen per week beperkt. »

Art. 12. Dit besluit heeft uitwerking op 1 augustus 2001.

Art. 13. De Minister bevoegd inzake Onderwijs is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 30 augustus 2001.

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme
B. GENTGES